



Ablehnung von Atomtransporten durch verschiedene Städte

Atomtransporte-Stopp ist kein unerreichbares Ziel

Verschiedene Städte haben es - auf Grund öffentlichen Drucks - vorgemacht und Beschlüsse gefasst. Atomtransporte sind von größter strategischer Bedeutung für das Funktionieren der Atomindustrie. Atomtransporte stoppen heißt die Atomanlagen stilllegen und das ist genau unser Ziel.

Zusammengestellt von der Systemoppositionellen Atomkraft Nein Danke Gruppe aus Hamburg.

Für die sofortige Endwidmung* aller Häfen und Städte für Atomtransporte! Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit!

* Juristische Veränderung der Hafenordnung

Emden:

1987 gegen Atom-Transporte ausgesprochen

09.12.2009 Beschluss: mit Stimmenmehrheit (Ja: 32, Nein: 9)

Der Rat der Stadt Emden lehnt die geplanten Transporte von plutoniumhaltigen Brennelementen aus der Wiederaufbereitungsanlage Sellafield in das Atomkraftwerk Grohnde über den Emder Hafen und durch die Stadt Emden ab. Der Rat der Stadt Emden appelliert an die Emder Hafenvirtschaft, keine Umschläge von atomaren Brennelementen durchzuführen.

Wilhelmshaven:

21.09.1988 Ratssitzung Beschluß:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven spricht sich gegen den Transport von radioaktiven Materialien inklusive deren Umschlag in allen Hafenbereichen Wilhelmshaven aus. Er beauftragt die Verwaltung, alle rechtlichen Schritte zu unternehmen, um dieses Ziel zu erreichen. Der Rat der Stadt fordert die niedersächsische Landesregierung auf, keine Genehmigungen für den Transport von radioaktiven Materialien nach Wilhelmshaven und deren Umschlag im Hafen zu erteilen.

21.10.2009 Hafenskapitän N-Ports Wilhelmshaven:

Dieser Ratsbeschluss ist in unserem Hause bekannt, Atomtransporte sind zur Zeit weder geplant noch beantragt.

Lübeck:

1987 gegen Atom-Transporte ausgesprochen

27.09.1990 Beschluss der Bürgerschaft:

Das öffentliche Hafengebiet der Hansestadt Lübeck ... wird für alle in den Beförderungsvorschriften für gefährliche Güter unter der Klasse 7 eingeordneten Stoffen (radioaktive Stoffe) mit Ausnahme der auf den Stoffseiten 1-4 der Klasse 7 IMDG-Code genannten Güter der UN-Nummern 2908, 2909, 2910, 2911 teilentwidmet.

Das Einbringen, die Lagerung und der Umschlag dieser gefährlichen Güter im öffentlichen Hafengebiet der Hansestadt Lübeck ist untersagt.

05.10.2009 Hansestadt Lübeck Lübeck Port Authority:

Nach diesem Beschluss wird bis heute verfahren.

25.11.2010 Beschluss der Bürgerschaft

Am Donnerstag hat die Bürgerschaft beschlossen, das Verfahren wieder aufzunehmen und den Hafen für radioaktive Gefahrenstoffe zu entwidmen. Die Entwidmung wurde beim Land Schleswig-Holstein beantragt, ist aber nach 16 Jahren immer noch nicht entschieden.

Cuxhaven:

03.09.2009 Rat der Stadt Cuxhaven hat einstimmig beschlossen:

Der Rat der Stadt Cuxhaven lehnt den Umschlag plutoniumhaltiger MOX-Brennelemente über den Cuxhavener Hafen ab. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, bei den zuständigen Stellen darauf hinzuwirken, dass die Transporte nicht über Cuxhaven stattfinden.

Rostock:

10.11.2010 Antrag von der Bürgerschaft angenommen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock lehnt die Zwischenlagerung von radioaktiven Abfällen im Zwischenlager Nord (ZLN) aus anderen Kernkraftwerken als Lubmin und Rheinsberg ab. Die Bürgerschaft spricht sich gegen den Transport von CASTOR-Behältern über das Rostocker Stadtgebiet aus. Die Bürgerschaft spricht sich weiterhin gegen eine





Verschiffung von Atom Müll über den Seehafen Rostock aus. Das Land wird aufgefordert, bei der Erstellung eines Katastrophenschutzkonzeptes die Kommunen einzubeziehen.

01.12.2010 Anträge durch Bürgerschaft angenommen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. gemeinsam mit dem Land eine Teilentwidmung der Rostocker Häfen für hochradioaktiven Atom Müll, Brennelemente und andere hochradioaktive Stoffe unverzüglich zu prüfen und vorzunehmen.
2. Die zuständigen Behörden und die städtischen Unternehmen bzw. Unternehmen, an denen die Hansestadt Rostock beteiligt ist, über diesen Beschluss der Bürgerschaft sowie über den bereits gefassten Beschluss der Bürgerschaft, zu informieren und

aufzufordern, diese zu berücksichtigen. Ebenso sind betroffene Umschlagunternehmen Dritter auf dem Stadtgebiet über die Beschlusslage in Kenntnis zu setzen und aufzufordern, diese zu berücksichtigen.

11.02.2011 B.90 Grüne

Was aber in unsere Zuständigkeit fällt, ist das Satzungsrecht über die Ordnung im Überseehafen. Da wird jetzt eine Satzungsänderung von der Stadtverwaltung vorbereitet, wonach keine hochradioaktiven Stoffe mehr über die Kaikanten gehen (nicht nur Atom Müll...).

Bremen:

08.09.2009 Kein Transport von Atombrennstäben über bremische Häfen

der Bremer Senat lehnt die Transporte von Atombrennstäben aus dem britischen Sellafield zum Atomkraftwerk Grohnde über bremische Häfen und das Stadtgebiet von Bremen oder Bremerhaven aus politischen und aus Sicherheitsgründen entschieden ab.

25.02.2010 Beschlussprotokoll BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Nr. 17/1015 Atomtransporte durch das Land Bremen verringern.

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 21. Januar 2010 (Drucksache 17/1133)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, unnötige Atomtransporte durch das Land Bremen zu verhindern.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich dafür einzusetzen, dass im Rahmen einer nationalen Strategie insbesondere für Atomtransporte von Brennelementen aus und in Richtung deutscher Atomkraftwerke eine angemessene Lastenverteilung auf die Bundesländer und Häfen erfolgt.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, zusammen mit Bund und Ländern zu prüfen, ob, und falls ja, in welcher Weise Routen nationaler wie internationaler Atomtransporte optimiert werden können, um möglichst kurze Transportwege sicherzustellen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat, dass er sich bei den zuständigen Stellen des Bundes, der Länder und der EU dafür einsetzt, in einem abgestimmten Verfahren die Transportwege unverzichtbarer Transporte radioaktiven Materials zu optimieren.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich bei der Bundesregierung für eine größtmögliche Transparenz der veröffentlichten Angaben zu Atomtransporten bezüglich transportiertem Material, transportierten Mengen und der vorbeugenden Schutzmaßnahmen einzusetzen.

11.11.2010 Beschluss der Bürgerschaft (Landtag)

Transport von Kernbrennstoffen über das Land Bremen verhindern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 10. November 2010 (Drucksache 17/1536)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt ihre Ablehnung der Verlängerung der AKW- Laufzeiten und der damit verbundenen Zunahme von Transporten von Kernbrennstoffen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, alle rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Transporte von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten durch unsere Häfen und andere Transportwege im Land Bremen zu verhindern, insbesondere a) unverzüglich alle aus Sicht des Senats rechtlich möglichen Schritte zur Sperrung der bremischen Häfen und anderer Transportwege durch Bremen und Bremerhaven für den Transport von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten einzuleiten und b) als Eigentümervertreter in von der öffentlichen Hand beherrschten Unternehmen nachdrücklich darauf hinzuwirken, dass diese sich nicht an derartigen Transporten und Umschlägen beteiligen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) appelliert an die private Hafenvirtschaft im Land Bremen, sich solchen Transporten zur Sicherung eines störungsfreien Hafenbetriebs zu verweigern.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für eine Änderung des Atomrechts mit dem Ziel einzusetzen, dass betroffene Länder maßgeblichen Einfluss auf die Genehmigung von Transporten von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten erhalten und dass die Kosten der Sicherung und Durchführung von derartigen Transporten von den jeweiligen Auftraggebern der Transporte getragen werden.



**Kiel:****06.12.2010 Kreisgeschäftsführerin B'90/Die Grünen**

Dirk Scheelje (AR-Mitglied Seehafen) und Mitglied der grünen Ratsfraktion hat in der letzten Woche bezgl. der Atomtransporte über Kiel nachgefragt: Im Kieler Hafen ist von solchen Planungen nichts bekannt

07.12.2010 Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen im S-H Landtag

Vorschlag für den Kieler Hafen eine Teilentwidmung für Atommüll etc zu beschließen eine gute Idee. Wir werden prüfen, wie das Verfahren laufen kann. Reicht ein Beschluss der Ratsversammlung oder des Aufsichtsrates, muss das mit dem Land abgestimmt werden? Wenn das klar ist werden wir GRÜNEN versuchen zusammen mit der SPD im Januar 2011 einen entsprechenden Antrag zu stellen.

07.12.2010 Linksfraktio-Kiel

ich möchte Ihnen von unserer Fraktion mitteilen, dass wir an dem Thema dran sind. Wir werden einen Antrag für die Januar Ratsversammlung einbringen,...

13.12.2010 Rechtsamt

Teilentwidmung des Kieler Hafens, Transport von Atommüll, Auftrag von B.90Grüne.

Die erste Sichtung der Rechtslage und Kontakte mit anderen Hafenstädten und Genehmigungsbehörden haben ergeben, dass eine einheitliche Rechtsauffassung zu dieser Problematik noch nicht besteht. Die politischen Entscheidungen an den kommunalen Hafenstandorten sind bisher offenbar nicht rechtlich untermauert und erst recht nicht im Vollzug. ...

17.02.2011 Keine Verschiffung von Atommüll über Kieler Häfen

Antrag von SPD, B.90Grüne, SSW (Drucksache: 1085/2010) in der Ratsversammlung:

Beschluss: Der Oberbürgermeister wird gebeten ggf. in Abstimmung mit dem Land alle notwendigen Schritte einzuleiten, um sicherzustellen, dass zukünftig Gefahrgüter, die als Atommüll einzustufen sind, in den Kieler Häfen weder gelagert, im Transit befördert noch umgeschlagen werden.

Abstimmung: Einstimmig – bei Enthaltungen von CDU und FDP

Hamburg:**05.10.2009 Atom-Transporte durch den Hamburger Hafen und das Hamburger Stadtgebiet**

Die Bürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 24. Juni 2009 die Drs. 19/3011 zur weiteren Beratung an den Umweltausschuss überwiesen. Ausschussbericht Umweltausschuss (Drucksache: 19/4247). Diskussion um Atomtransporte. U.a. Frage: „ob man sich wegen der Transporte Sorgen machen müsse oder ob man unbesorgt leben könne.“ Die Senatsvertreterinnen und -vertreter entgegneten, es werde hierfür alles getan. Ein Restrisiko bleibe.

23.11.2010 Castortransporte über Hamburg nach Sibirien (Majak)

Kleine Anfrage SPD (Drucksache 19/7892)

Sowohl der Hamburger Bürgermeister als auch der grüne Koalitionspartner haben sich dagegen ausgesprochen, solche Transporte über den Hamburger Hafen abzuwickeln. Wie die GAL-Bürgerschaftsfraktion mitteilte, sei man entschlossen, alle Möglichkeiten zu nutzen, um Transport und Verladung von Atommüll nach Russland über den Hamburger Hafen zu verhindern. Dafür würden alle rechtlichen Optionen, die Hamburg habe, geprüft und ausgenutzt.

Anfang 2011 Der Hamburger Senat will den geplanten Transport (Ahaus-Majak) auch nach dem Ende der schwarz-grünen Koalition keinesfalls über den Hamburger Hafen laufen lassen. «An unserer Haltung hat sich nichts geändert», sagte Senatssprecher Markus Kamrad

18.5.2011 Hamburger Hafen für Atomtransporte sperren!

Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 20/383) in der Hamburger Bürgerschaft:

Der Senat wird aufgefordert,

1. unter Berücksichtigung aller rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten den Transport von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukte über den Hamburger Hafen zu unterbinden;
2. umgehend alle notwendigen Schritte zur Sperrung des Hamburger Hafens für den Transport von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukte einzuleiten;
3. als Mehrheitsaktionär eines Umschlag- und Logistikunternehmens im Hamburger Hafen darauf hinzuwirken, dass das Unternehmen sich nicht an Transport und Umschlag von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukte beteiligt;
4. der Bürgerschaft hierüber bis zum 30. September 2011 zu berichten.

Ergebnis: überwiesen an Umweltausschuss (f.) und Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien (Antrag der SPD)

Frankfurt am Main:

1997 gegen Atom-Transporte ausgesprochen (?)

Neuwid:

?! gegen Atom-Transporte ausgesprochen (?)

Hameln:

?? gegen Atom-Transporte ausgesprochen (?)

